



Frauke Leupold
Vorsitzende BeKD e.V.

Editorial

Jugendliche begleiten

Jugendliche mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen werden mit ihren Familien bis zum 18. Geburtstag in pädiatrischen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung medizinisch und pflegerisch begleitet. Aber – was passiert nach dem 18. Geburtstag? Diese Frage gewinnt zunehmend an Bedeutung, denn 80–90% aller Kinder und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen erreichen das Erwachsenenalter. Aber die Behandlung von Erwachsenen in pädiatrischen Einrichtungen wird in Deutschland regelhaft nicht finanziert. Deshalb müssen wir insbesondere im Bereich der professionellen Pflege den Blick auf diese Schnittstelle in der Gesundheitsversorgung richten. Denn: Verlieren wir durch die Fokussierung auf die Bedarfe der älter werdenden Gesellschaft den Blick auf die Erfordernisse von Kindern und Jugendlichen, drohen Versorgungsbrüche, Fehl- und Unterversorgung mit weitreichenden Folgen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen mahnte bereits 2009 „Koordinationsdefizite“ im Bereich des Übergangs vom kinderzentrierten in ein erwachsenenorientiertes Versorgungssystem an. Die Gestaltung dieses Transitionsprozesses muss interdisziplinär unter Mitwirkung der professionellen Pflege erfolgen. Nötig sind die Entwicklung von Schulungsprogrammen, die das Thema „Transition“ aufgreifen und das Fallmanagement, das heißt die Koordination und Begleitung des Übergangs. Entsprechende Modelle, zum Beispiel im „Kompetenznetz Patientenschulung im Kindes- und Jugendalter e.V. (KomPaS)“ und im „Berliner TransitionsProgramms (BTP)“, gibt es bereits.

Frauke Leupold
Mitglied im Deutschen Pflegerat (DPR)



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Internationaler Tag der Pflegenden

Seit 1967 wird in Deutschland in Erinnerung an die Vorreiterin der modernen Pflege, Florence Nightingale, am 12. Mai der Internationale Tag der Pflegenden begangen. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Professionelle Pflege: wirksam und wirtschaftlich“. Ausgerufen hat das Motto der International Council of Nurses (ICN). Die Wahl des Themas ist wegweisend für die Bedeutung der Pflegefachpersonen, die sie in Gesundheitssystemen weltweit einnehmen können. Denn viel zu wenig Beachtung wird bislang dem Wissen der professionell Pflegenden beigemessen, wenn es um die Bewältigung der steigenden Kosten für die Gesundheitsversorgung geht. Doch das Know-how der professionell Pflegenden ist hervorragend geeignet, um im Gesundheitswesen Verbesserungen für mehr Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit durchzusetzen und dabei zugleich qualitativ hochwertige Pflege zu erbringen, heißt es hierzu im Handbuch zum Internationalen Tag der Pflegenden 2015 der ICN. Pflegefachpersonen sind von der Ausgestaltung der Versorgungslandschaft im Gesundheitssystem direkt betroffen. Sie wissen um deren Auswirkungen auf die Kosten der Gesundheitsversorgung. Ihre Entscheidungen können sich auf Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit eines gesamten Systems entscheidend auswirken. Die Politik und die Kostenträger müssen sich weitaus stärker als bisher auf die bedeutende Rolle von Pflegefachpersonen konzentrieren. Der Internationale Tag der Pflegenden macht auf die Bedeutung der professionell Pflegenden aufmerksam – gelebt werden muss dieses Verständnis jedoch das ganze Jahr.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

Laumann: Neukonzeption des „Pflege-TÜV“

Pflegenoten sind gescheitert

Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung hat seine Vorschläge für ein neues Konzept für den Pflege-TÜV vorgelegt. Demnach sind die Pflegenoten gescheitert. Staatssekretär Karl-Josef Laumann schlägt eine Neukonzeption des „Pflege-TÜV“ in zwei Schritten vor.



Die Qualität der Pflege in den Einrichtungen soll besser vergleichbar werden.

Die Pflegenoten sollen durch eine gesetzliche Regelung zum 1. Januar 2016 ausgesetzt werden. Dennoch sollen die Prüfergebnisse weiterhin veröffentlicht werden. In einem ersten Schritt sind anstelle der Noten kurze Zusammenfassungen der Prüfberichte geplant. Den Auftrag zur Erstellung der einheitlichen Vorgaben soll der GKV-Spitzenverband erhalten.

In einem zweiten Schritt soll zum 1. Januar 2016 ein Pflegequalitätsausschuss errichtet werden. Dessen Ziel ist es, ein Qualitätsprüfung- und Veröffentlichungssystem für Pflegeeinrichtungen zu beraten. Benötigt würden messbare Kriterien, an denen die Qualität von Pflege und Betreuung festgemacht werden können. „Diese Kriterien müssen eine fundierte wissenschaftliche Grundlage haben und dürfen nicht interessengeleitet sein“, betont Laumann.

Laumann verspricht sich von der Reform „mehr Partizipation und Transparenz“. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen die Qualität von Pflegeeinrichtungen besser einschätzen und vergleichen können. Die gesetzliche Regelung will er in das Pflegestärkungsgesetz II aufnehmen.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) begrüßte diesen Vorschlag: „Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen verlässliche Informationen, um eine gute und für sie passende Pflegeeinrichtung zu finden“. Der bisherige Pflege-TÜV leiste das nicht und Sorge eher für Verunsicherung.

Pflegeberufe beteiligen

Beteiligt am Pflegequalitätsausschuss sollen neben den Einrichtungs- und Kostenträgern künftig auch die Verbände der Pflegebedürftigen und der Pflegeberufe sein – gleichberechtigt mit Stimmrecht.

Der Ausschuss erhält eine Frist bis zum 31. Dezember 2017, um die Richtlinien für ein neues Qualitätsprüfungs- und Veröffentlichungssystem zu erlassen. Unterstützt werde der Ausschuss durch ein neu zu gründendes Pflegequalitätsinstitut mit unabhängigen Wissenschaftlern, heißt es im Vorschlag weiter.

Darüber hinaus könne der Pflegequalitätsausschuss auch weitere Aufgaben zur Qualitätssicherung der Pflege übernehmen, um die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltung zu straffen und die Qualität der Pflege einheitlich zu verbessern.

Deutscher Pflegerat:

„Bisheriger Pflege-TÜV ist eine Sackgasse“

Für den Deutschen Pflegerat bietet der bisherige Pflege-TÜV keine verbraucherrelevanten Informationen. „Er ist eine Sackgasse, wenn es um die Beurteilung der Qualität der Pflege und deren Transparenz nach außen geht. Der Pflege-TÜV hat den Belastungstest in der Praxis nicht bestanden und ist daher durch ein neues System zu ersetzen“, betont denn auch Franz Wagner, Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR). Der DPR unterstützt den Vorschlag des Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, für ein neues Konzept für den Pflege-TÜV.

„Die Transparenz über die Qualität der Pflege in den Pflegeeinrichtungen muss Hand in Hand mit der Veröffentlichung von relevanten und verständlichen Informationen gehen“, fordert Wagner. „Der Vorschlag des Pflegebevollmächtigten für einen neuen Pflege-TÜV ist der richtige Weg. Wir brauchen einen kompletten Neustart. Richtigerweise setzt der Pflegebevollmächtigte dabei auf die Expertise der Pflegefachpersonen.“

Eigenständige Entwicklungen gefordert

„Bei der Neuentwicklung des Pflege-TÜV ist es wesentlich, dass es für die ambulante und stationäre Pflege zu komplett eigenständigen Entwicklungen kommt und beide Bereiche deutlich voneinander abgegrenzt werden“, weist Wagner hin. Darüber hinaus müssen die zur Prüfung der Qualität verwendeten Kriterien objektiv sein. „Es muss jeglicher unnötiger Bürokratieaufbau vermieden werden. Die Werte Vertrauen und Wertschätzung müssen fester Bestandteil und Leitlinie bei der Neuentwicklung der Systeme sein“, setzt der DPR Vize-Präsident einen Rahmen für die Entwicklung des neuen Konzepts für den Pflege-TÜV.

(scp)

STUDIE

Arbeitsvorgaben gefährden die Gesundheit

Freiheiten am Arbeitsplatz haben ihren Preis. Der steigende Ziel- und Ergebnisdruck in Unternehmen verleitet Beschäftigte in Deutschland dazu, mehr zu arbeiten als ihnen gut tut. Damit wächst bei vielen Menschen das Risiko der Gesundheitsgefährdung.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Projekts Gesundheitsmonitor von Bertelsmann Stiftung und BARMER GEK, für die rund 1.000 Erwerbstätige repräsentativ befragt wurden. Demnach legt knapp ein Viertel der Vollzeit-Beschäftigten in Deutschland ein Tempo vor, das es langfristig selbst nicht durchzuhalten glaubt. 18% der Befragten erreichen regelmäßig die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und 23% verzichten gänzlich auf Pausen. Jeder Achte erscheint krank im Unternehmen. Selbstgefährdendes Verhalten äußert sich neben dem Verzicht auf Erholung in übermäßigem Konsum von scheinbar die Leistung steigernden Substanzen, wie Nikotin und Medikamenten, oder dadurch, dass Sicherheits-, Schutz- und Qualitätsstandards unterlaufen werden.

Ansprüche steigen

Ursache für dieses Verhalten sind häufig die permanent wachsenden Anforderungen: 42% der Befragten geben an, dass ihr Arbeitsumfeld durch steigende Leistungs- und Ertragsziele geprägt ist. Jeder Dritte weiß nicht mehr, wie er die wachsenden Ansprüche im Betrieb bewältigen soll. Dadurch komme es leicht zu einer Überforderung, bilanziert die Studie. Werden die Vorgaben dennoch erfüllt, gelte die übersprungene Messlatte schnell als neuer Standard. Dass er dieser Spirale selbst enttrinnen kann, glaubt nur jeder zweite Arbeitnehmer. 51% der Befragten geben an, keinen oder nur geringen Einfluss auf ihr Arbeitsvolumen zu haben. Über 40% sagen das auch über ihre Arbeitsziele. Gefragt sind also zunächst die Unternehmen. Darauf weist auch Dr. Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, hin. Sie sagt: „Das Management kann die Leistungskultur maßgeblich beeinflussen und durch realistische Arbeitsziele ein gesünderes Arbeitsumfeld schaffen.“

Psychische Gesundheit fördern

Für Dr. Christoph Straub, den Vorstandsvorsitzenden der BARMER GEK, belegen die Studienergebnisse die Aktualität der politischen Diskussion über den Umgang mit Stress im Berufsleben. Straub begrüßt, dass im künftigen Präventionsgesetz nationale Präventionsziele vorgesehen seien, die auf die Bedürfnisse in der Arbeitswelt eingehen und vor allem die psychische Gesundheit fördern sollen. Klar ist Straub zufolge aber auch, dass die Unternehmen selbst stärker engagiert sein müssen. Er sagt: „Wir brauchen in erster Linie keine neuen Rechtsvorschriften. Wir brauchen in Unternehmen eine Kultur, die Gesundheit als Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg anerkennt und fördert.“

Bertelsmann Stiftung

AUS DEN VERBÄNDEN

**5. Mai:
Internationaler Hebammentag**

„Hebammen für eine bessere Zukunft“ – so lautet das Motto des diesjährigen Internationalen Hebammentages, der jährlich am 5. Mai begangen wird. Infostände, Erzählcafés, Flashmobs und Kundgebungen, die in Deutschland an diesem Tag in zahlreichen Städten und Gemeinden stattfinden, sollen auf die unzureichende Versorgung mit Hebammenhilfe aufmerksam machen. Neben dem nach wie vor ungelösten Problem steigender Haftpflichtprämien, führen auch die schlechten Arbeitsbedingungen sowie eine unzureichende Vergütung zu einem Rückzug von immer mehr Hebammen aus ihrem Arbeitsfeld. In der Folge finden Frauen häufig keine Hebamme mehr für die Geburt, Vorsorgeuntersuchungen oder die Wochenbettbetreuung. Der Internationale Hebammentag wurde 1990 durch den Internationalen Hebammenkongress eingeführt. Seit 1991 nutzen Hebammen weltweit dieses Datum, um auf bestehende Versorgungsdefizite und die wichtige Rolle der Hebammen für die Gesellschaft aufmerksam zu machen.

www.hebammenverband.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin | Urban & Vogel GmbH
Aschauer Str. 30, 81549 München
Tel.: 089 203043-1300, Fax: 089 203043-1370

Director Professional Care: Falk H. Miekley
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
heilberufe.de, springerfachmedien-medizin.de

Eindeutiges Votum

„Berlin will die Pflegekammer“

Im Interview mit „PflegePositionen“ spricht Andreas Westerfellhaus über das positive Signal, das jetzt von den Berliner Pflegenden für ganz Deutschland ausgeht.



Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

? Herr Westerfellhaus, wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Berliner Pflegekammerbefragung?

Westerfellhaus: Als Deutscher Pflegerat freuen wir uns außerordentlich über die große Zustimmung der befragten Pflegefachpersonen zur Gründung einer Pflegekammer in Berlin. Mit 58,8% Befürwortern und lediglich 17,1% der Stimmen gegen die Pflegekammer zeigt die repräsentative Studie ein deutliches Ergebnis: Berlin will die Pflegekammer. Das ist ein positives Signal für ganz Deutschland.

? Welche weiteren Schritte zur Berliner Pflegekammer müssen jetzt gegangen werden?

Westerfellhaus: Die Berliner Politik hat einen eindeutigen Auftrag erhalten, die Gründung einer Berliner Pflegekammer voranzutreiben. Nötig ist ein Kammergesetz des Berliner Abgeordnetenhauses. Den hierzu notwendigen politischen Dialog werden wir intensiv begleiten und alles daran setzen, dass die Pflegekammer zügig kommt. Mehr als je zuvor ist die Zeit reif für Pflegekammern, die die Interessen der Pflegefachpersonen professionell vertreten.

? In Bayern haben sich die Pflegefachpersonen auch für die Kammer ausgesprochen. Dennoch will die Politik jetzt einen anderen Weg gehen.

Westerfellhaus: Das Verhalten der bayerischen Pflegeministerin Melanie Huml ist nicht nachvollziehbar. Anstatt einer Pflegekammer strebt sie eine Pflege-Interessensvertretung durch eine Körperschaft des öf-

fentlichen Rechts an. Damit ignoriert und missachtet sie die Interessen und das Votum der Pflegefachpersonen. Jede zweite bayerische Pflegefachkraft hat sich für eine Pflegekammer ausgesprochen.

Erste Option kann nur die Bildung einer starken Pflegekammer sein. Nur mit ihr ist tatsächlich gewährleistet, dass es zu keiner Verwässerung der Interessen der Pflegefachpersonen kommt. Mit der von der bayerischen Pflegeministerin vorgeschlagenen Institutionen ist das nicht zu machen.

? Im Saarland scheint man eher auf die bestehende Arbeitnehmerkammer zu bauen. Setzt die Politik hier bereits Pflöcke gegen eine Pflegekammer?

Westerfellhaus: Man kann nicht einerseits von Wertschätzung gegenüber den professionell Pflegenden und deren gesellschaftlicher Aufwertung reden und andererseits dann dagegen handeln. Der geplante personelle Ausbau der Arbeitnehmerkammer im Saarland passt nicht. Auch hier gilt: Wir wollen keine Second-best-Lösungen.

Die saarländische Sozialministerin Monika Bachmann sollte besser Tatsachen für den Aufbau einer Pflegekammer und nicht dagegen schaffen. Das wäre ein klares Zeichen für die professionell Pflegenden. Denn Pflege hat mit Vertrauen zu tun. Wie so etwas hervorragend funktioniert sieht man in Rheinland-Pfalz. Dort wird gehalten, was versprochen wurde.

Das Interview führte Moritz Ernst